A11NEU 11. Kapitel: Vielfalt, Akzeptanz, Gleichberechtigung

Antragsteller*innen:

Kapitel Vielfalt, Akzeptanz, Gleichberechtigung

Vielfalt, Akzeptanz und Gleichberechtigung sind Stärken unserer Stadt, die jedoch stetig gepflegt werden müssen.Menschen vorbehaltlos in Mannheim willkommen zu heißen und ihnen einen Platz in der Stadtgesellschaft zu bieten, ist unser Ziel. Eine Stadtgesellschaft, die vielfältige Lebensweisen fördert, die durch Chancengleichheit in allen Lebensbereichen, Gerechtigkeit und offenes Denken geprägt ist und Angriffe dagegen abwehrt, ist uns wichtig. Das Mannheimer Bündnis für ein Zusammenleben in Vielfalt muss weiter gestärkt werden und wir GRÜNE wollen, dass diese Anstrengungen auch finanziell von der Stadt unterstützt werden.

Gleichberechtigung von Anfang an

Mädchen und Jungen werden bereits früh mit unterschiedlichen Geschlechterrollen konfrontiert. Dies schränkt alle ein und mündet für viele heranwachsende Mädchen in einem geringeren Selbstvertrauen, was sich auch in einer problematischen Einschätzung des eigenen Körpers äußern kann. Zudem prägt das vorherrschende Frauenbild die berufliche Orientierung und führt immer noch häufig in niedrig bezahlte Berufsfelder. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die "Mannheimer Leitlinien zur Förderung der Mädchenarbeit in der Kinder- und Jugendhilfe" aktiv umgesetzt werden, um den spezifischen Benachteiligungen von Mädchen entgegenzuwirken und die Gleichberechtigung von Mädchen zu fördern. Auch die kontinuierliche konzeptionelle Arbeit der Arbeitsgemeinschaft parteiliche Mädchenarbeit bzw. des Netzwerks Mädchenarbeit in Mannheim muss in ihrer administrativen Arbeit unterstützt werden, um wirkungsvoll agieren zu können.

Gleichstellung umsetzen

Der Gemeinderat Mannheim hatte 2011 die Europäische Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene bewilligt und im letzten Haushalt entsprechende finanzielle Mittel verstärkt, damit sie zügig umgesetzt wird. Wir GRÜNE werden darauf achten, dass die Charta wie gefordert realisiert wird.

In der Mannheimer Stadtverwaltung und in städtischen Gesellschaften arbeiten mehrheitlich Frauen. Allerdings sind sie in Führungspositionen noch immer deutlich unterrepräsentiert. Wir GRÜNE fordern, dass der gesetzlich verankerte Gleichstellungsauftrag endlich umgesetzt wird, so dass Führungspositionen in Verwaltung und städtischen Gesellschaften, sowie Aufsichtsräte paritätisch besetzt sind und Frauen in allen Berufsfeldern gleich entlohnt werden.

Geschlechtergerechtigkeit bedeutet auch, dass Frauen und Männer in der Sprache "sichtbar und hörbar" werden und sie nicht durch Verschweigen ausgegrenzt werden. Sprache erzeugt Realität und eine geschlechtergerechte Schreibform über den Gender-Star (z.B. Lehrer*innen) muss in Dokumenten und Vorlagen genutzt werden.

Da die zeitliche Belastung in der Berufsphase für viele Menschen und besonders für Frauen, die Sorgearbeit leisten, enorm ist, müssen die Stadt Mannheim sowie die städtischen Gesellschaften Möglichkeiten schaffen, diese zeitlichen

Belastungen abzufedern. Bugwellen an Überstunden sind zu vermeiden.

Belange von Frauen gleichberechtigt berücksichtigen

Häufig richtet sich Politik an den Interessen und Belangen von Männern aus. Wir GRÜNE treten dafür ein, dass Politik für alle gemacht wird und die Belange von Frauen in allen Politikfeldern genauso berücksichtigt werden wie die von Männern. Daher wollen wir, dass automatisch bei politischen Maßnahmen im Vorfeld darauf geschaut wird, wie sich diese auf die verschiedenen Geschlechter auswirken werden (Gender Mainstreaming). Ganz besonders wichtig ist dies z.B. bei der Aufstellung des städtischen Haushaltes. Haushaltspolitik, die darauf nicht achtet, verfestigt und vergrößert Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern. Genau das wollen wir verhindern.

Austausch und Begegnung im geschützten Raum

Eine lebendige Stadt lebt vom Austausch und von der Begegnung. Den Frauen fällt beim interkulturellen Austausch eine Schlüsselrolle zu. Wir GRÜNE wollen zukünftig für alle Frauen unterschiedlichster Herkunft einen eigenen geschützten und zentralen Treff- wie Anlaufpunkt schaffen. Dort können sich alle Frauen - ob in bezahlter Arbeit oder in unbezahlter Pflege- und Familienarbeit, ob mit oder ohne Kind - mit Freude, Neugierde und Offenheit begegnen. Wir wollen dabei auch den niedrigschwelligen Zugang zu den verschiedenen Kooperations- und Netzwerkpartnern sicherstellen, von denen Frauen Unterstützung und Hilfe zur Selbsthilfe in der beruflichen Entwicklung, bei familiären Problemlagen oder ihrer Lebensgestaltung erhalten können.

Frauenhäuser zukunftsgerecht ausstatten

Die Präventionsarbeit gegen Gewalt an Frauen und die emanzipative Männerarbeit müssen gestärkt werden. Sie müssen früher und auf verschiedenen Ebenen ansetzen und weiter institutionalisiert werden. Wir wollen Partnerschaften mit Mannheimer Sportvereinen fördern, da diese dazu beitragen können, bereits existierende Konzepte des gewaltfreien und respektvollen Umgangs konzeptionell zu verankern. Mannheim hält für Frauen in den verschiedenen Phasen ihres Lebens unterstützende Angebote bereit. Dies gilt auch bei gewollter, wie bei ungewollter Schwangerschaft. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass entsprechende Beratungsangebote weiterbestehen können und unterstützen die Träger dieser Einrichtungen. Die betroffenen Frauen müssen auch weiterhin einfach an die notwendigen Informationen kommen können und Ärzt*innen ungestört praktizieren können. Dies ist uns GRÜNEN sehr wichtig. Frauen, die sich aus gewalttätigen Beziehungen lösen wollen, benötigen Unterstützung. Wir GRÜNE fordern weiterhin, dass Mannheims Frauenhäuser finanziell zukunftsgerecht und stabil ausgestattet werden.

Wir stehen hier vor neuen Herausforderungen, da verstärkt auch Frauen mit Migrationshintergrund Schutz suchen. Eine weitere Gruppe sind Frauen mit ganz unterschiedlichen körperlichen und/oder geistigen Behinderungen. Es müssen Weiterbildungen der Mitarbeiter*innen finanziert werden, um die Bedürfnisse noch besser aufgreifen zu können. Gerade Frauen mit Behinderungen sind auch in Einrichtungen sexualisierter Gewalt ausgesetzt. Diese Frauen müssen unter anderem durch Informationen in leicht verständlicher Sprache aufgeklärt werden. Das Fraueninformationszentrum und die Frauenhäuser müssen unterstützt werden, so dass betroffene Frauen wieder Perspektiven für eine gesicherte Existenz entwickeln können.

Alternativen zur Prostitution ermöglichen

Die meisten Frauen arbeiten aus verschiedensten Zwängen in der Prostitution (diese reichen von Gewalt bis hin zu vermeintlicher Alternativlosigkeit), von Freiwilligkeit kann in den meisten Fällen nicht die Rede sein. Diese Frauen müssen unterstützt werden, um einen Ausweg aus der Prostitution zu finden. Wir GRÜNE fordern, dass die Ausstiegsprogramme von Amalie in Mannheim weiter bestehen bleiben und finanziell gesichert werden. Die Stadt Mannheim muss sich außerdem zum erfolgreichen Wohnprojekt von Amalie bekennen.

Geflüchtete aufnehmen und integrieren

Die Unterbringung und Aufnahme von Geflüchteten stellt jede Stadt vor Herausforderungen. Mannheim hat Erfahrungen und Fähigkeiten in der Integration von Zuwander*innen. Ein Ankunftszentrum in Mannheim lehnen wir ab, da dies zur Ausgrenzung und Isolation der Geflüchteten führen würde. Wir GRÜNE wollen Menschen in Mannheim kommunal aufnehmen und gleichmäßig in allen Stadtteilen dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen. Eine menschenwürdige Unterbringung muss jederzeit gewährleistet sein. Wir setzen uns dafür ein, dass die in der Flüchtlingshilfe engagierten Ehrenamtlichen weiterhin die Möglichkeit haben geförderte Projekte durchzuführen. Unsere Idee für die Zukunft ist, dass Mentoringprogramme zwischen Bürger*innen und Geflüchteten von Beginn an zur Integration beitragen und finanziell durch die Stadt gefördert werden.

Arbeitsplätze integrativ gestalten

Die politischen Gremien, die Verwaltung und der Arbeitsmarkt in Mannheim müssen mit interkulturellen Maßnahmen verstärkt zur Integration beitragen. Die Stadt Mannheim als Arbeitgeberin hat eine Vorbildfunktion für eine ethnisch und geschlechtergerechte Beschäftigungs- und Einstellungspolitik. Der Anteil der beschäftigten Migrant*innen bei der Stadt Mannheim beträgt nur acht Prozent. Im Verhältnis zum Anteil der Migrant*innen an der Gesamtbevölkerung ist dies ein nicht akzeptabler Zustand. Wir GRÜNE wollen eine gerechte Verteilung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen durch anonyme Bewerbungen erreichen. Außerdem fordern wir den Ausbau der Beratungsangebote für Unternehmer*innen mit Migrationshintergrund und die zügige Prüfung und Anerkennung von im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen.

Zuwander*innen aus Südosteuropa Chancen ermöglichen

Besonders Zuwander*innen aus Südosteuropa kommen oft aus schwierigen Lebensumständen zu uns. Diese Menschen müssen in Mannheim ein Zuhause finden und Zukunftschancen erhalten. Sie haben derzeit aber keine Arbeitnehmer*innenrechte und wohnen teils unter katastrophalen Verhältnissen und hoch verdichtet. Dies ist kein akzeptabler Zustand, weder für die Menschen selbst, noch für ihr Umfeld. Wir GRÜNE wollen, dass die Integration dieser Migrant*innen mit Integrationskonzepten und Maßnahmeplänen gezielt organisiert wird. Menschenwürdiges Wohnen, Gesundheit, Bildungsteilhabe, Verbesserung von Beschäftigungsfähigkeit und Erwerbschancen, Schutz vor Ausbeutung, Zusammenleben im Stadtteil, die Überwindung von Sprachbarrieren und die Beratung zu den wichtigsten Themen des Alltags und des Lebens in Mannheim sind dabei wichtige Schritte. In der Stadtverwaltung ist die Zuwanderung aus Südosteuropa weiterhin durch Arbeitskreise in Zusammenarbeit mit Vertreter*innen der Zuwander*innen und

in den Bezirksbeiräten der jeweiligen Stadtteile als wichtiges Thema der Stadtgesellschaft zu behandeln. Die Finanzierung der Maßnahmen muss gesichert und diese müssen regelmäßig auf ihren Erfolg hin überprüft werden.

Gegen Rassismus und rechte Gewalt

Wir setzen uns konsequent für eine offene Gesellschaft ein. In Mannheim ist daher kein Platz für Rassist*innen, Antidemokrat*innen und jegliche Form von Gewalt. Der Anteil rechter Gewalt ist aktuell im Vergleich zu anderer politisch motivierter Gewalt deutlich höher. Das dürfen wir so nicht hinnehmen. Wir GRÜNE ermutigen alle Mannheimer*innen zu Zivilcourage und möchten dafür ein stärkeres Bewusstsein schaffen. Auch die Stadt sehen wir in der Pflicht, hier konsequent einzuschreiten und Betroffene zu unterstützen. Wir setzen uns insgesamt zur Wehr gegen Aktivitäten, die sich zunehmend in der Mitte der Gesellschaft zu verorten versuchen, wie Islamophobie, das Schüren von Ängsten gegen „Fremdes“, Antisemitismus, Verschwörungsmythen, Antiziganismus, Antifeminismus, Homophobie und das Ausnutzen alternativer Jugendkulturen. Aufklärung in den Schulen, Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus in Mannheim, wie zum Beispiel der sogenannten Arisierung, der Rolle der Verwaltung und der Stadtpolitik im Faschismus zwischen 1933 und 1945 bleiben aktuell, auch wenn neue Formen der Vermittlung gefunden werden müssen. Neben dem neuen NS-Dokumentationszentrum können auch Kultur und Kulturaustausch hierbei eine wichtige Rolle einnehmen.

Aktionsplan für Akzeptanz und Gleichstellung

Rechtliche Nachteile und mangelnde gesellschaftliche Akzeptanz gegenüber LSBTI (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle und Intersexuelle) sind weiterhin große Probleme, die teilweise sogar wachsen. Auch in Mannheim kommt es zu verdeckter und offener Diskriminierung gegen LSBTI – sei es im Beruf, in der Schule, in der Familie oder im gesellschaftlichen Leben. Wir GRÜNE setzen uns daher für einen Mannheimer Aktionsplan für Akzeptanz und Gleichstellung ein, um Kampagnen für Offenheit und Toleranz zu fördern sowie die vorhandenen Programme zur Aufklärungsarbeit an Schulen zu sichern und deutlich auszubauen. Beratungs- und Selbsthilfestrukturen wollen wir weiter stärken und insbesondere Beratungen für Jugendliche, Trans*menschen, geflüchtete LSBTI und Regenbogenfamilien bedarfsgerecht ausbauen. Mannheim ist Teil des internationalen "Rainbow City Network" und tritt in diesem Rahmen aktiv für Menschenrechte auf europäischer und internationaler Ebene ein. Die Stadt steht daher in der Verantwortung selbst niedrigschwellige Beratungsangebote für LSBTI-Asylsuchende anzubieten, die aus den unterschiedlichsten Gründen aus ihrem Heimatland fliehen mussten und vorübergehend oder dauerhaft nach Mannheim kommen. Die bisherige Situation ist vollkommen unzureichend.

Begegnungsräume für Jung & Alt

In Mannheim gibt es bisher keinen institutionalisierten Ort für queeres Leben. Wir GRÜNE setzen uns daher dafür ein, dass ein Zentrum für LSBTI-Menschen als Begegnungs- und Schutzraum – vor allem für Jugendliche – eingerichtet wird. Ebenso wie andere Jugendgruppen benötigen auch queere Jugendgruppen ihren eigenen Räumlichkeiten. Eine zeitliche begrenzte Mitnutzung von Beratungsräumen ist auf Dauer nicht sinnvoll. Eine weitere zu wenig beachtete Gruppe sind ältere Lesben und Schwule, die erste Generation, die offen leben konnte. Wir wollen die Alten- und Pflegearbeit sensibilisieren und fördern, damit LSBTI-Menschen auch

im Alter ohne Diskriminierung offen leben können, beispielsweise in speziellen Wohnprojekten und Altenhilfeeinrichtungen.

Aufstockung der LSBTI-Beauftragten

Der Gemeinderat hat im Jahr 2016 eine Stelle für städtische LSBTI-Beauftragte eingerichtet. Dies war ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Durchsetzung von Gleichberechtigung und Akzeptanz von LSBTI innerhalb der Stadtgesellschaft und Stadtverwaltung. Es hat sich gezeigt, dass die Aufteilung einer Vollzeitstelle auf zwei halben Stellen nicht funktional ist. Da die paritätische Aufteilung jedoch ein wichtiges Anliegen der LSBTI-Community ist, wollen wir GRÜNE die Stelle aufstocken, damit eine sinnvolle Aufteilung auf zwei Personen umsetzbar ist. Gleichzeitig wollen wir sicherstellen, dass den Beauftragten ausreichend Budget für Veranstaltungen, Schulungen und Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung steht.

Sichtbarkeit für queeres Leben

Mannheim ist im Südwesten eine Hochburg für queeres Leben. Darauf kann Mannheim stolz sein. Mit seinem vielfältigen Szene-Angebot lockt Mannheim auch immer mehr LSBTI-Tourist*innen an. Das Stadtmarketing sollte dies gezielt bewerben und dadurch noch deutlich mehr Besucher*innen gewinnen. Die Vielfalt queerer Angebote in Mannheim und der Erhalt dieser Vielfalt ist uns insgesamt wichtig. Wir GRÜNE wollen aber auch einen Blick zurückwerfen und die Geschichte von LSBTI-Menschen in Mannheim aufarbeiten. Wie für viele andere Bereiche der Stadtgeschichte wollen wir auch besondere Orte queerer Geschichte in Mannheim sichtbar machen. Dabei legen wir auch besonderen Wert auf die lesbische Sichtbarkeit, die oft deutlich zu kurz kommt.

Weltanschauliche Neutralität achten

Uns ist es wichtig, dass alle Menschen verschiedener Glaubensrichtungen und Weltanschauungen in Mannheim gleichberechtigt zusammenleben. Dieses gute und gleichberechtigte Zusammenleben wollen wir aktiv fördern. Dabei muss klar sein, dass die Stadt selbst religiös neutral ist. Grundlage unseres Zusammenlebens müssen für alle die Werte unseres Grundgesetzes sein. Wir GRÜNE werden darauf achten, dass neben den gesellschaftlich deutlich sichtbaren Religionsgemeinschaften, die steigende Anzahl konfessionsloser Bürger*innen nicht vergessen wird und auch deren Sichtweisen und Wünsche Gehör erhalten. Gerade auch bei der Gestaltung von öffentlichen Räumen und Feiern, wie Trauerhallen und Gedenkveranstaltungen, werden wir GRÜNE auf weltanschauliche Neutralität achten.

Gleichbehandlungsgesetz vollständig anwenden

Entlassungen aufgrund der sexuellen Orientierung, aufgrund von Scheidung oder Wiederheirat darf es bei staatlich (mit-)finanzierten Angeboten nicht geben. Wir GRÜNE wollen sicher stellen, dass kirchliche und weltanschauliche Träger und Einrichtungen , welche Aufgaben der Stadt übernehmen, das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz vollständig anwenden. Uns ist es wichtig, dass es in Mannheim eine breit aufgestellte soziale Infrastruktur mit Krankenhäusern, Kinderbetreuung, Pflegeheimen und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung gibt. Religiös geprägte Einrichtungen sind gerade für gläubige Menschen eine Bereicherung. Es muss jedoch auch sichergestellt sein, dass niemand gezwungen ist in eine religiös geprägte Einrichtung zu gehen. Außerdem wollen wir GRÜNE,

dass der Beitritt zu und der Austritt aus einer Religionsgemeinschaft vom Staat durch keinerlei Gebühren erschwert wird.